

Stabile Instabilität

Polen ein halbes Jahr nach den Parlamentswahlen

von
Stephan Raabe
Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
Warschau, 26. März 2006

- **Eine fragile Mehrheit im Parlament – kein autoritärer Obrigkeitsstaat**
- **Das Scheitern der Großen Koalition und seine Gründe**
- **Ein gescheiterter „Stabilisierungspakt“**
- **Die parteipolitische Lage bei PiS und PO**
- **Gesichter des polnischen Populismus**
- **Neue Akzente in der Außenpolitik**
- **Haushalt ohne Ausgabendisziplin; der EURO ist kein vorrangiges Ziel**
- **Rechte und Linke und die Zukunft: Polen in einer kritischen Situation**

In den ersten fünf Monaten hat die konservative Minderheitsregierung der Partei **„Recht und Gerechtigkeit“** (PiS) unter Premierminister **Marcinkiewicz** noch keine großen Schritte unternommen; aber sie hat sich gehalten, was lange unsicher war; sie hat den Haushalt für 2006 durchgebracht und versucht ihre fragile parlamentarische Basis einigermaßen zu stabilisieren. Damit befindet sich Polen weiter in einer Phase stabiler Instabilität. PiS erfreut sich derweil hoher Zustimmungswerte von 30 bis zu 40%, was manchen Beobachter in Staunen versetzt. Premier **Marcinkiewicz** wird von rund 70% als der vertrauenswürdigste Politiker angesehen, vor Gesundheitsminister **Religa** (65%), Justizminister Ziobro (56%) und Staatspräsident **Kaczynski** (54%). Dann erst folgen Oppositionschef **Donald Tusk** (52%) von der liberal-konservativen „Bürgerplattform“ (PO) und der PiS-Vorsitzende **Jaroslav Kaczynski** (49%). Dennoch ist Polen in einer kritischen Situation, ohne dass die führenden Parteien dem hinreichend Rechnung tragen.

Eine fragile Mehrheit im Parlament – kein autoritärer Obrigkeitsstaat

Im Sejm, dem polnischen Parlament, wurde die Minderheitsregierung der PiS bisher von den beiden nationalistisch populistischen Parteien **„Selbstverteidigung“** (Sam) und **„Liga der polnischen Familien“** (LPR) sowie zum Teil von der bäuerlichen **„Volkspartei“** (PSL) unterstützt. Letztere gehört zur Europäischen Volkspartei, auch wenn drei ihrer vier Abgeordneten – darunter der frühere Parteivorsitzende der PSL **Wojciechowski** und der stellvertretende Parteivorsitzende **Podkanski** - aus der EVP-Fraktion ausgetreten sind und sich der Fraktion

„Europa der Nationen“ angeschlossen haben, zu der auch die PiS gehört. Die Abgeordneten sind daraufhin aus der PSL ausgeschlossen worden.

Die PiS allein verfügt im polnischen Parlament nur über 155 von insgesamt 460 Sitzen, Sam über 56, die LPR über 34 und PSL über 25 Sitze. Hinzu kommen die beiden Abgeordneten der deutschen Minderheit, die normalerweise mit der Regierung stimmen. Um also eine Mehrheit von mehr als 230 Stimmen im Sejm zu erhalten ohne eine Koalition mit der liberal-konservativen „**Bürgerplattform**“ (PO – 133 Sitze) einzugehen, braucht PiS auf jeden Fall die Stimmen der Sam sowie einer weiteren Partei (LPR oder PSL). Das postkommunistische „**Bündnis der demokratischen Linken**“ (SLD - 55 Sitze), das sich nach der herben Wahlniederlage und dem Regierungsverlust im Herbst im Neuaufbau befindet, kommt als Partner nicht in Frage. Eine zwei Drittel Mehrheit (307 Stimmen), die Verfassungsänderungen ermöglichte, ist auf diese Weise unerreichbar. Sie wäre nur unter Einschluss der PO realisierbar. Angesichts dieser Mehrheitsverhältnisse ist die von Konrad Schuller in der FAZ vom 21. Januar vertretene These, die PiS könne sich durch das Zusammenspiel der Zwillinge, des Parteiführers **Jaroslav Kaczynski** und des Staatspräsidenten **Lech Kaczynski**, „des Parlaments entledigen“ um einen „katholisch geprägten Obrigkeitsstaat“ durchzusetzen, ziemlich abstrus. Es fällt auf, dass solche Gefahren in den letzten vier Jahren als eine klare linke Parlamentsmehrheit und ein postkommunistischer Präsident herrschten, nicht gesehen wurden. Die linken Nachfolger des Kommunismus, die sich als maßlos korrupt erwiesen haben und abgewählt wurden, sind anscheinend für manche Beobachter bessere Demokraten als die Wahlsieger der rechten Mitte aus der Solidarnosc-Tradition. Derweil erklärt die PO demokratisch selbstbewusst, sie sei die Garantie dafür, dass demokratische Grundsätze nicht im Abseits landeten. Eine Gefährdung des Parlamentarismus zu konstatieren, ist überzogen. Das Parlament spielt in der jetzigen Konstellation eine entscheidende Rolle.

Das Scheitern der Großen Koalition und seine Gründe

Bei den Wahlen am 25. September 2005 haben sich vor allem die Verlierer der Transformation zu Wort gemeldet. Die linke Regierung wurde wie erwartet abgewählt. Überraschend war hingegen, dass PiS aus den Parlamentswahlen mit 27% als relativ stärkste Partei hervorging, vor der PO mit 24%, die vorher laut Umfragen fast durchweg vorne gesehen wurde. Die Entscheidung fiel zugunsten eines starken sozial-paternalistischen Staates, der Bekämpfung von Korruption und der Beseitigung des Postkommunismus. Bemerkenswert ist, dass PiS mit nur ca. 11% der Wählerstimmen – denn die Wahlbeteiligung lag bei bloß 40% - ein Drittel der Parlamentssitze gewann, also nur eine sehr begrenzte Basis in der Bevölkerung besitzt.

Einen Monat später konnte sich auch der Präsidentschaftskandidat der PiS, **Lech Kaczynski**, nach den vorherigen Prognosen ebenfalls überraschend mit 54 zu 46% gegen den Parteiführer der PO, **Donald Tusk**, durchsetzen. Den Ausschlag gaben dabei die Wähler des linksnationalen Populisten, **Andrzej Lepper**, die im zweiten Wahlgang zum PiS-Kandidaten überschwenkten. Diesmal lag die Wahlbeteiligung bei 51%, so schlecht wie noch nie nach der Wende 1989. Das heißt, auch der Präsident wurde nur von einem guten Viertel der Wahlberechtigten gewählt. Wenn die PiS das Land also länger regieren will, muss sie das in sie gesetzte begrenzte Vertrauen bestätigen und ausbauen, andernfalls bleibt es bei einer politischen Episode.

Der **doppelte Wahlerfolg** der PiS erschwerte die Verhandlungen zur Bildung einer Großen Koalition, wie sie vor der Wahl von beiden Parteien, PO und PiS angestrebt worden war, un-
gemein. Als Wahlsieger wollte PiS sich nicht auf Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe
verstehen; der frustrierte Verlierer PO wiederum vermochte sich nicht in die Rolle des Junior-
partners einzufinden, der zurückzustecken hatte. Persönliche Befindlichkeiten zwischen den
Parteiführern taten ein Übriges dazu, dass die Parteien nicht zusammenfanden. Von Seiten der
PO hieß es bald, PiS habe von vornherein eine Strategie verfolgt, die auf die Kooperation mit
dem populistischen Parteispektrum zielte, dieses absorbieren wolle und die PO an den Rand
drängen solle. PiS sei an einer wirklichen Zusammenarbeit nicht interessiert und wolle die
absolute Macht. PiS wiederum schob die Verantwortung für das Misslingen der Gespräche
und die dadurch verursachte politische Krise der PO zu, die aus Angst vor der dominierenden
Rolle der PiS die Verantwortung scheue und nicht in die Regierung eintreten wolle. Die PO
habe unerfüllbare Forderungen gestellt und trage allein die Schuld. „Alles andere sind Lügen,
die in Europa kursieren“, erklärte jüngst Präsident **Kaczynski** im deutschen Spiegel
(10/2006). Er und seine Partei hätten „gar keinen Einfluss auf diese Konstellation“ gehabt.
Dass die Koalitionsbildung angesichts größerer Divergenzen in wichtigen Politikbereichen,
vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, nicht leicht werden würde, war schon vorher
zu sehen (vgl. KAS-Bericht vom 26.9.2005: Polen hat gewählt. Mit „Recht und Gerechtig-
keit“ in die IV. Republik). Letztendlich fehlte es aber wohl auf beiden Seiten an der notwen-
digen Kompromissfähigkeit.

PiS bildete daraufhin eine Minderheitsregierung unter dem bis dahin fast unbekanntem Pre-
mierminister **Marcinkiewicz**, die jeweils zur Hälfte aus Parteipolitikern und parteilosen Fach-
leuten zusammengesetzt wurde. Personell war man bei PiS gar nicht auf eine ganze Regie-
rungsübernahme vorbereitet. In vielen Bereichen fehlten ausgewiesene Fachleute, weshalb
man auf Sachverstand von außen zurückgriff, bemerkenswerter Weise auch aus dem Umfeld
der PO. So gehört etwa Prof. **Zbigniew Religa**, ein bekannter Herzchirurg, der längere Zeit
im Präsidentschaftswahlkampf geführt und zuletzt Donald **Tusk** unterstützt hatte, als Gesund-
heitsminister zur Regierung. Die Ministerin für Regionalentwicklung, **Grazyna Gesicka**,
hatte zuvor die PO beraten. Mit Prof. **Zyta Gilowska**, die Anfang des Jahres die glücklose
Finanzministerin Prof. **Teresa Lubinska** ersetzte und gleichzeitig Vize-Premierministerin
wurde, trat eine Politikerin in das Kabinett ein, die bis vor kurzem noch zur Führungsspitze
der PO gehörte, dort vor allem für das liberale Wirtschaftsprogramm verantwortlich zeichnete
und im vergangenen Mai im Streit aus der Partei ausschied. Auch dem Premierminister-
Kandidaten der PO, **Jan Rokita**, wurden von PiS öffentlich Avancen gemacht. Einiges deutet
darauf hin, dass er und **Marcinkiewicz** die Große Koalition im Herbst zustande gebracht hät-
ten - wenn es nach ihnen gegangen wäre. Mittlerweile sind Rokita, der den Fraktionsvorsitz
an Tusk hat abgeben müssen und jetzt stellvertretender Parteivorsitzender ist, und die PO je-
doch deutlich auf Distanz gegangen zur PiS. Mit den genannten Personalentscheidungen ver-
suchte PiS eine breitere Basis zu gewinnen und gleichzeitig die Position der PO zu schwä-
chen. PiS-Chef Kaczynski geht es um die Bildung einer konservativen Volkspartei. Dieses
Ziel erreicht er aber nur, wenn sich auch Konservative aus der PO diesem Projekt anschlie-
ßen. Die PO, die dann nur mehr als liberale Partei fortbestehen würde, setzt gegen diesen
Kurs der PiS inzwischen auf **konsequente Opposition**.

Ein gescheiterter „Stabilisierungspakt“

Da das Regieren mit wechselnden Mehrheiten in dieser Situation kaum möglich war, führte PiS im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen Anfang des Jahres Verhandlungen mit allen Parteien außer der SLD. Nachdem eine Koalition mit der PO für die PiS „aus objektiven Gründen“ ausschied, strebte sie schließlich einen so genannten **„Stabilisierungspakt“** mit Sam und LPR an mit der Perspektive einer anschließenden Regierungskoalition, wenn der Pakt sich bewähre. Bei der Zusammenarbeit mit den populistischen Parteien verfährt PiS bisher nach dem Prinzip des eingeschränkten Vertrauens. Das Stabilitätstrio verbindet die Gegnerschaft zur postkommunistischen III. Republik wie zum Liberalismus und das Bekenntnis zu einer nationalen Solidarität. Als Druckmittel beim Zustandekommen des Paktes diente PiS die **Drohung mit Neuwahlen**, bei denen die Sam wohl geschwächt würde, LPR und PSL wahrscheinlich gar nicht mehr in den Sejm gekommen würden. Der am 2. Februar unterzeichnete Stabilisierungspakt zwischen PiS, Sam und LPR verpflichtete die Partner für zunächst ein Jahr zur Unterstützung der Regierung und ihrer Gesetzesvorhaben. **„Nun beginnt der Bau der IV. Republik“**, freute sich anschließend Jaroslaw Kaczynski.

Ein Bischof spielte beim Zustandekommen des Paktes eine bemerkenswerte Rolle. Hatte im Oktober schon der Danziger Erzbischof **Tadeusz Gocłowski** die Spitzen von PiS und PO in seinem Haus zusammengebracht – ohne Erfolg, so griff nun auf der anderen politischen Seite Erzbischof **Slawoj Glódz** von der Diözese Warschau-Praga vermittelnd ein – mit Erfolg. Zur Unterzeichnung des Vertrages waren lediglich die nationalistischen katholischen Medien des Redemptoristen-Paters **Rydzyk** aus Thorn zugelassen, der Fernsehsender „TV Trwam“, „Radio Maryja“ und die Zeitung „Nasz Dziennik“. Erst auf der anschließenden Pressekonferenz durften andere Medien erscheinen, worauf diese mit einem Boykott reagierten. Die **Bischöfe** forderten anschließend in einer Erklärung politische Zurückhaltung von der Mediengruppe „Radio Maryja“. In den Griff bekommen sie diese nicht.

Bereits knapp zwei Wochen später, Mitte Februar, wurde eine zusätzliche Vereinbarung zum Stabilitätspakt notwendig, die bestimmt, dass auch Änderungsanträge zu Gesetzen vorher abzustimmen sind und keine Gesetzesanträge anderer Parteien unterstützt werden dürfen. Erst nach diesem Annex verkündete der Staatspräsident in einer Fernsehansprache, dass es keine Neuwahlen geben werde. Dass damit eine stabile Mehrheit gesichert ist, glaubten nur wenige. Und in der Tat zeigte sich schnell die Unzuverlässigkeit der populistischen Partner, die sich nur schwer einbinden und disziplinieren lassen. Weiterer Streit und Krisengespräche folgten. Am 21. März erklärte schließlich LPR-Chef Giertych das Ende des „Stabilisierungspaktes“, worauf PiS nun die Selbstaflösung des Sejm und Neuwahlen anstrebt. Dazu ist allerdings zunächst eine zwei Drittel Mehrheit oder im Weiteren eine absolute Mehrheit notwendig, die PiS nicht erhalten wird. Außer den Postkommunisten der SLD sprachen sich alle Parteien gegen Neuwahlen in diesem Frühjahr aus. Die PO ist allerdings unter der Voraussetzung einer Wahlrechtsänderung bereit über Neuwahlen im Herbst zu verhandeln. Sie möchte durch die Einführung eines Mehrheitswahlrechtes eine klare Regierungsmehrheit erreichen. Nach derzeitigem Verhältniswahlrecht würden Neuwahlen die Schwierigkeiten bei der Bildung stabiler Mehrheiten nicht beheben: Nach Umfragen, die nur grobe Tendenzen anzeigen können, käme PiS auf 33 bis 40%, die PO auf 29 bis 35%; Sam und SLD könnten mit 7 bis 10% rechnen.

Nicht mehr im Sejm vertreten wären die LPR und PSL. Wieder wäre man auf eine Koalition angewiesen. Zudem lehnten im März 57% der Wähler einen erneuten Urnengang ab; nur 28% sind dafür. 45% befürworten ein Bündnis zwischen PS und PO; nur 24% wollen die Koalition zwischen PiS und den kleinen Parteien.

So ist davon auszugehen, dass die PiS mindestens bis zu den **Kommunalwahlen im Herbst** weiter lavieren wird, jetzt wahrscheinlich in einer Koalition mit Sam, was Jaroslaw Kaczynski im Januar nicht zuletzt aus außenpolitischen Gründen noch strikt abgelehnt hatte, und mit Unterstützung der PSL. Bis dahin wird die Partei nach schlechter Tradition der III. Republik möglichst viele wichtige Schaltstellen und einträgliche Positionen mit ihrem Personal besetzt haben, was schon jetzt zu einer Aufblähung der Regierungsverwaltung durch Parteifunktionäre als Spitzenbeamte geführt hat. Sie wird sich auf die Umsetzung ihrer politischen Vorhaben in ihren Domänen, der Innen- und Justizpolitik, der inneren Sicherheit, der Bekämpfung der Korruption und Kriminalität, der Sanierung und „Säuberung“ des ineffizienten, postkommunistischen Staates konzentrieren. Von liberaler Seite wird nicht ohne Grund eine populistische „Lepperisierung“ der Republik befürchtet. „Einen erklärten Feind der Demokratie an die Macht lassen können nur Blinde, die sich im politischen Überlebenskampf völlig verirrt haben“, urteilt der Kommentator der Gazeta Wyborcza, Beylin.

Wenn auch dieses politische Experiment scheitert, entscheiden sich die Politiker von PiS und PO vielleicht doch noch für die von den meisten Bürgern als vernünftigste Lösung angesehene Variante: die **Große Koalition** oder es kommt tatsächlich zu **Neuwahlen**. Die PiS müsste dann darauf hoffen, mit einem noch nicht verbrauchten Amtsbonus eine absolute Mehrheit zu gewinnen, was voraussetzt, dass die kleineren Rechtsparteien mehr oder weniger in ihr aufgingen. Auf der anderen Seite stünde die PO als Alternative bereit, wenn sie geschlossen bleibt und sich als Opposition profiliert. Wahrscheinlich bliebe aber zumindest die Sam im Sejm vertreten und damit das alte Dilemma der Bildung einer stabilen Mehrheit erhalten, es sei denn, man einigte sich mit Zwei-Drittel-Mehrheit auf eine Wahlrechtsänderung, woran die kleineren Parteien wenig Interesse haben dürften.

Die parteipolitische Lage bei PiS und PO

Ministerpräsident Marcinkiewicz hat sich mit seiner nüchternen pragmatischen Art und geschickten öffentlichen Auftritten zu einem Zugpferd der **PiS** entwickelt. Dahinter bleiben die Popularitätswerte des Präsidenten zurück. Schon heißt es deshalb in der Presse, der Premier, der Hintergrund für die Kaczynskis sein sollte, stelle die Zwillinge selbst in den Hintergrund und zeige politische Ambitionen. Zukünftig soll der Präsident mehr in den Vordergrund treten und stärker Einfluss auf die Regierung nehmen, u.a. bei Personalien. Für den Anfang des Jahres über eine private Finanzaffäre gestolperten parteilosen Schatzminister **Andrzej Mikosz** wurde bereits ein Studienkollege der Kaczynskis und ausgemachter Privatisierungsgegner, der Abgeordnete **Wojciech Jasinski** ernannt. Zwischenzeitlich hatte der Premier das Amt mit übernommen. Marcinkiewicz hat trotz seiner Popularität parteipolitisch gegenüber den Kaczynskis die schwächere Position, könnte aber als Regierungschef durchaus seine Machtbasis ausbauen. Bisher gibt es das Versprechen einer „**moralischen Wende**“, viele offene Sachfragen - etwa zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Reform der Finanzen und des Gesundheitssystems, um einige Hauptprobleme zu nennen, aber fast gar keine konkreten Plä-

ne oder Entscheidungen. Die konfrontative, nicht sehr kooperative politische Philosophie führt zu zahlreichen innenpolitischen Kämpfen im Bereich der Justiz, Medien, Wirtschaft und Selbstverwaltung. Die PiS-Regierung muss aber irgendwann einmal anfangen zu regieren und ihr Wahlprogramm umsetzen, kann sich nicht auf Dauer in politischen Grabenkämpfen aufreihen. Entscheidend wird sein, ob sie dabei das rechte Maß findet oder aber in eine selbstherrliche Machtpolitik verfällt und inwieweit sie sich von ihren populistischen Mehrheitsbeschaffern oder Koalitionspartnern abhängig macht.

Der PO bleibt im Moment nur, als Opposition Profil zu gewinnen, dennoch den Gesprächsfaden zur PiS nicht abreißen zu lassen und sich für den Fall des Scheiterns der Minderheitsregierung bereit zu halten. Das setzt voraus, dass sie Geschlossenheit bewahrt. Eine Alternative zu einer Koalition mit der PiS hat sie nicht. Scheitert die PiS mit ihrer „Rechtskoalition“, dann könnte die PO aus einer stärkeren Position heraus erneut in Koalitionsverhandlungen gehen. Im vergangenen Wahlkampf, der von den Präsidentschaftswahlen und **Donald Tusk** als Kandidaten dominiert wurde, war die Parteispitze uneins. Mit Rücksicht auf die Präsidentschaft konnte der Premierminister-Kandidat, **Jan Rokita**, sein akribisch ausgearbeitetes Regierungsprogramm nicht der Öffentlichkeit präsentieren. Nach dem Schock der doppelten Wahlniederlage manövrierte Tusk recht schnell die Partei in die Opposition. Das wurde längst nicht von allen in der Partei verstanden und gut geheiß. Mit der Regierungsverantwortung gingen auch Ämter und Pfründe, mit denen man fest gerechnet hatte, verloren. Folglich gärte es in der Partei. Hatte sie vor den Wahlen einen Mitgliederzuwachs, so gab es danach Abgänge und auch Wechsel zur PiS. Andererseits hat die neue Strategie der PiS dafür gesorgt, dass sich die Reihen in der PO wieder schlossen. Im Mai steht auf einem Parteitag die Wahl der Führungsspitze an. Noch ist nicht klar, ob sich ein Kandidat gegen Tusk zur Wahl stellt. Von Vize-Sejm-Marschall **Komorowski** wird gesagt, er überlege anzutreten. Damit hätte die Partei die Wahl zwischen einem liberaleren und einem konservativeren Kandidaten. **Rokita**, der ebenfalls für einen konservativeren Kurs stünde, fehlt wohl der Rückhalt, um seinen Hut Erfolg versprechend in den Ring zu werfen. Gegen Tusk wird vorgebracht, er habe mit einem zu liberalen Profil die Wahlen verloren, danach die von der Staatsräson geforderte Große Koalition nicht zu Wege gebracht und gebe der Oppositionsarbeit keine klaren Konturen. Für Tusk spricht, dass er nach wie vor eine hohe Popularität genießt und sich das Ansehen der PO nicht unbedingt verbessert, wenn sie jetzt ihren Spitzenmann wechselt und in parteiinterne Konkurrenzkämpfe verfällt. Um ihre Basis zu vergrößern, versucht die Partei, auch auf dem Lande und in kleineren Städten stärker Fuß zu fassen. Hatte sie in der letzten Legislaturperiode aus prinzipiellen Gründen auf Staatsgelder verzichtet, nutzt sie diese jetzt, um die Parteistrukturen auszubauen. Inhaltlich wird es wesentlich darauf ankommen, dass es der PO gelingt, das ihr im Wahlkampf angehängte Image einer Partei unsolidarischer liberaler Experimente zu korrigieren und die Schwächen der PiS zu ihren Stärken zu machen. Dem **Schattenkabinett**, das im Januar vorgestellt wurde, steht Jan Rokita vor. Für die Außenpolitik steht Bronislaw Komorowski, für Wirtschaft Adam Szejnfeld, für Finanzen Zbigniew Chlebowski und für Europa Anna Zielinska-Glebocka bereit. Der Parteivorsitzende Tusk ist nicht vertreten.

Gesichter des polnischen Populismus

In den deutschen Medien ist der Wahlsieger PiS oft als populistische Partei betitelt worden. Ohne in eine politologische Begriffsdiskussion einzusteigen, sei an eine Äußerung eines führenden Intellektuellen der Solidarnosc, des links-liberalen Publizisten **Adam Michnik**, zu dieser Thematik erinnert. In einem Vortrag im April 2004 in Deutschland vertrat er die Auffassung, Polen stehe nach 15 Transformationsjahren nun „vor einer großen Offensive populistischer Meinungen und Taten“. Allerdings schränkte er sofort ein: dass die Parteien PO (sic) und PiS keineswegs zu den Populisten zu zählen seien, da sie „sich lediglich einer populistischen Sprache bedienen“. Michnik meint einen Populismus, den er als „**antidemokratisch**“ und „**antieuropäisch**“ charakterisiert und dessen Hort bei den Parteien „**Selbstverteidigung**“ (Sam) und „**Liga der Polnischen Familien**“ (LPR) zu finden sei. Bei einer verschlechterten sozialen und politischen Lage befürchtet er, dass es diese beiden Parteien sein könnten, „die am Bootsrand sitzen und das Boot ins Schwanken und womöglich zum Kentern bringen“. Deshalb dürfe man sie als politische Akteure nicht ignorieren oder unterschätzen.

Interessant ist dabei Michniks Analyse der Sam. Diese Partei habe bisher als einzige den **Brückenschlag** – den auch Michnik anstrebte und der der Freiheitsunion Anfang 2005 misslang – zwischen Postkommunisten und Postantikommunisten, die sich bis heute feindlich gegenüber ständen, geschafft. Die Sam sei eine Partei, die über alle Gräben der politischen Szenerie Polens hinweg entstanden sei, wo sich an der Seite des Vorsitzenden und Bauernführers, **Andrzej Lepper (51)**, „etliche kommunistische Mitarbeiter früherer Sicherheitsdienste, aber auch der frühere Vorsitzende der ‚Christlich-Nationalen Vereinigung‘ (ZChN)“ fänden. Lepper war einstmal Mitglied der kommunistischen Partei, dann gehörte er als Bauer zu den Wendeverlierern. Er gewann als Anführer von rabiaten Bauernprotesten, die ihm ein Vorstrafenregister einbrachten, Popularität. 1992 gründete er die Sam, deren Vorsitzender er seither ist und die sich zunächst vor allem für die Rettung der polnischen Landwirtschaft einsetzte. Bis Ende der 90er Jahre blieb die Sam als bäuerliche Interessenvertretung eine Splittergruppe. Dann weitete sie ihre Agenda auf andere gesellschaftliche Gruppen aus und setzte sich auch für Arbeitslose, Rentner und Kleinhändler ein. 2001 mit 10,2% von vorrangig älteren Wählern mit niedrigem Ausbildungsgrad aus ländlichen Gebieten in den Sejm gewählt, vertrat die Sam einen Mix aus wirtschaftsprotektionistischen und nationalistischen Positionen, manchmal auch mit antisemitischen Tönen. Sie knüpfte Kontakte zu rechtsradikalen Akteuren wie **Le Pen** in Frankreich und **Schirinowski** in Russland. Im Sejm forderte sie Subventionen für die Landwirtschaft und höhere Sozialleistungen und setzte sich für planwirtschaftliche Elemente ein. Die Sam propagiert einen „Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus“, der jedoch nicht näher bestimmt ist. Der Versuch, Lepper als Vizepräsidenten des Sejm einzubinden, schlug 2001 schnell fehl. Wegen Beleidigungen von Kollegen wurde er seines Amtes enthoben. Bei den Präsidentschaftswahlen 2005 erhielt Lepper immerhin 15,1%. Zuvor schon erneut in den Sejm gewählt, erlangte er als Mehrheitsbeschaffer für PiS dort wiederum das Amt eines Vizemarschalls. Die Sam bedient ein Klientel, das stark bäuerlich-ländlich, nationalistisch, rechts gerichtet, sozial-paternalistisch und nicht selten auch klerikal eingestellt ist. Gepaart mit jeder Menge Populismus spricht diese Melange in einer demagogischen Weise nicht wenige Menschen vom Rand der polnischen Gesellschaft an und steht in der Tradition

eines kruden polnischen Nationalismus. Für Michnik ist Lepper „eine Karikatur **Lech Walesas** und eine Miniatur des weißrussischen Diktators **Lukaschenko**“.

Die LPR wurde 2001 aus verschiedenen nationalen und katholischen Gruppierungen u.a. aus Protest gegen die EU-Mitgliedschaft gegründet. Sie ist die Partei eines konservativ-sozialen, klerikal-katholisch geprägten Nationalismus und steht in enger Verbindung zum Milieu des Senders „Radio Maryja“, der sich jedoch bei den Wahlen 2005 erfolgsorientiert auf die Seite der PiS stellte. Die Partei wird maßgeblich von Vater und Sohn Giertych geführt. **Maciej Giertych** (70) wuchs nach 1945 im englischen Exil auf. Er studierte Forstwirtschaft in Oxford und Toronto und ging 1962 zurück nach Polen, wo er es zum Professor an der Landwirtschaftsakademie in Posen brachte. 1986-89 war er Mitglied des polnischen Verfassungsrates beim Staatsratsvorsitzenden, General Jaruzelski, und zugleich Berater des Primas von Polen, Kardinal Glemp. 1987 nahm er auf Einladung des Heiligen Stuhls als einziger polnischer Laienvertreter als Auditor an der Bischofssynode über die Rolle der Laien in Rom teil. Maciej Giertych war von 1990 bis zur Auflösung 2001 Vorsitzender des Hauptvorstandes der „Polnischen Nationalen Partei“ (PSN) und ist seit 2001 stellvertretender Vorsitzender des politischen Rates der LPR. Seit 2001 war er Mitglied des Sejm, seit 2004 ist er Mitglied des europäischen Parlamentes, wo er keiner Fraktion angehört. Als Präsidentschaftskandidat der LPR zog er sich wegen Erfolglosigkeit bereits vor den Wahlen zurück.

Sohn **Roman** (35) ist gerade als Vorsitzender der LPR wieder gewählt worden. Bei den Parlamentswahlen trat er als Spitzenkandidat an. Wie bereits bei den Wahlen 2001 erhielt die LPR rund 8%. 2001 zog der junge Giertych erstmals in den Sejm ein. Dort profilierte er sich 2004 als Jurist im Untersuchungsausschuss zum Orlen-Skandal. In den Jahren nach 1989 baute er die radikal nationalkatholische „**Allpolnische Jugend**“ auf, die eine Anziehungskraft auf die gewaltbereite Skinheadbewegung ausübte. Die LPR hat einen national homogenen an polnisch-katholischen Werten orientierten Staat zum Ziel. Die Integration in die als liberalpluralistisch angesehene EU lehnt sie ab, das Ressentiment gegen die Dominanz und Dekadenz Deutschlands wird von ihr sorgsam gepflegt.

Sowohl die Sam wie auch die LPR hatten sich gegen einen Beitritt Polens zur EU ausgesprochen und fordern im Sejm eine Debatte zur Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages. Beide traten auch gegen eine polnische Beteiligung im Irak-Krieg ein. Bei den Wahlen im Herbst erhielten die beiden Parteien zusammen 19,4%. Sam wurde mit 11,4% drittstärkste Kraft, die LPR erhielt rund 8%. Damit konnten sie sich gegenüber den Wahlen von 2001 (18,1%) leicht verbessern. Allerdings hatten Umfragen zuvor ein populistisches Potential von gut 25% angezeigt, was Sam und LPR etwa bei den EU-Wahlen 2004 mit 26% (allerdings bei einer Wahlbeteiligung von nur 21%) ausschöpften. Aktuell liegt die Sam zwischen 7 und 11%, die LPR bei knapp 5%. Beide Parteien könnten durch den Kurs von PiS an den Rand gedrängt oder sogar absorbiert werden, was ein demokratischer Erfolg wäre. Der „Krieg gegen den Populismus“, von dem Michnik spricht, würde dann auf eine andere Art gewonnen werden, als dieser sich das wohl ursprünglich vorgestellt hat.

Neue Akzente in der Außenpolitik

Der Staatspräsident ist laut Verfassung (Art. 133) Vertreter des Staates in den äußeren Beziehungen. Er arbeitet im Bereich der Außenpolitik mit dem Ministerpräsidenten und dem Au-

ßenminister zusammen. Es ist davon auszugehen, dass die Hauptlinien der Außenpolitik derzeit von den Brüdern **Kaczynski** vorgegeben werden. Zum Teil sind pragmatisch bedingte divergierende Zwischentöne vom Premierminister und dem parteilosen Außenminister, **Stefan Meller**, zu vernehmen, der zwar außenpolitischer Experte ist, aber in diesem Machtdreieck die schwächste Stellung hat. Meller entstammt einer polnisch-jüdischen Familie. Er wurde 1942 in Lyon in der französischen Emigration geboren. 1943 deportierten die deutschen Besatzer seinen Großvater und ermordeten ihn. Sein Vater schloss sich der Résistance an. Die Familie kehrte nach dem Krieg nach Polen zurück. Meller schlug eine wissenschaftliche Laufbahn als Historiker ein. 1993 trat er in den Auswärtigen Dienst ein zunächst als Vizedirektor, dann als Direktor der Europaabteilung. Unter Außenminister Bartoszewski wurde er 1995 Unterstaatssekretär. 1996 ging er als Botschafter nach Frankreich, 2002 nach Russland. Im Ringen um seine Kompetenzen in der Ausübung der Außenpolitik drohte Meller Mitte Februar mit Rücktritt. Nach der Aufnahme in den Nationalen Sicherheitsrat und der Zusage der Aufgabe der Koordination der Außenpolitik blieb er in der Regierung. Seine Haltung zu Europa scheint aufgeschlossener und konstruktiver zu sein, ohne dem jedoch bisher klare konzeptionelle Konturen gegeben zu haben.

PiS hat sich bisher nicht intensiv mit Fragen der Außenpolitik befasst und auch gar nicht geplant, nach den Wahlen auf diesem Terrain eine Rolle zu spielen. Die führenden Personen der Partei sind international unerfahren. Deshalb war PiS bei Regierungsübernahme weitgehend auf Sachverstand von außen angewiesen, den die Partei auch einholte. Die Kaczynskis haben sich vorgenommen, die jetzt von ihnen bestimmten Interessen Polens klarer und entschiedener als bisher auf der internationalen Bühne zur Geltung zu bringen. So wird die Außenpolitik in einer Mischung aus internationaler **Unerfahrenheit**, deutlichem nationalem **Selbstbewusstsein**, und einem untergründigen **Anspruchsdenken** intoniert, dass sich aus dem Selbstverständnis als Opfer des europäischen Imperialismus, Nationalismus und Kommunismus sieht, der vor allem von Deutschland und Russland ausging. Altpräsident **Kwasniewski** und den Postkommunisten wird vorgeworfen, insbesondere in der Europa- und Deutschlandpolitik zu viel Entgegenkommen gezeigt zu haben. Dies soll sich jetzt ändern.

Der **EU-Verfassungsvertrag** und eine durch ihn angestrebte Vertiefung der politischen Union werden eindeutig abgelehnt. Einen neuen Vertrag mit „generellen Ordnungsregeln“ will man verhandeln. Die eigene erst vor 16 Jahren erlangte Souveränität soll in einem „**solidarischen Europa der Nationen**“ gewahrt werden. Lech Kaczynski wäre wohl nicht Präsident geworden, wenn er nicht die Sehnsucht nach Selbstbestimmung und Bewahrung nationaler Identität verkörperte. Für ihn ist, wie er bei seinem Besuch in Berlin ausführte, 1989 der entscheidende Bezugspunkt, nicht der EU-Beitritt 2004. Im Rahmen eines solidarischen Europas wird jedoch sehr wohl eine vertiefte Zusammenarbeit in verschiedenen konkreten Politikfeldern angestrebt, wie z.B. in der EU-Ostpolitik, bei der Energiesicherung, bei der inneren und äußeren Sicherheitspolitik oder bei der Angleichung der sozialen Lebensverhältnisse. Dabei wird ein **Ansatz variabler Koalitionen** innerhalb der Union verfolgt und eine verstärkte **Zusammenarbeit im Rahmen der G 6** vorgezogen gegenüber dem „Weimarer Dreieck“. Die Ansicht, **England** sei wegen verschiedener politischer Affinitäten der beste Verbündete Polens in Europa, musste nach der britischen Taktik bei der mittelfristigen EU-Finanzplanung 2007-13 revidiert werden. Die Vorschläge Londons, die vor allem zu Kürzungen bei den neu-

en Mitgliedsländern geführt hätten, waren für die Konservativen in Polen wie eine kalte Dusche. Dagegen wurde das Entgegenkommen Deutschlands positiv vermerkt. Während bei der Vertiefung der EU gebremst wird, soll die **Erweiterung** um die Ukraine und Türkei sowie weitere Staaten forciert werden, auch wenn das für Polen materielle Einbußen zur Folge hätte. Das wie andere Staaten auf seine Interessen pochende Polen wird allerdings die Frage beantworten müssen, was es selbst zum Gelingen und zur Entwicklung der Gemeinschaft, von der es viel fordert und bekommt, einbringen will und geben kann.

Deutschland, dass beim Besuchsprogramm des neuen Präsidenten **Kaczynski** erst an sechster Stelle stand (nach dem Vatikan, der USA, Tschechien, Frankreich und der Ukraine), wird sehr wachsam und äußerst misstrauisch betrachtet, insbesondere was das deutsch-russische Verhältnis angeht, das „Benehmen“ innerhalb der EU (Dominanzstreben, deutsch-französisches Direktorium, Übergehen der kleineren Länder, Achse Paris-Berlin-Moskau) und den Umgang mit Geschichte. Die russisch-deutsche **Gaspipeline** durch die Ostsee wird als „im krassen Widerspruch zu polnischen Interessen“ stehend genauso entschieden abgelehnt wie ein „sichtbares Zeichen an das Unrecht von **Vertreibungen**“, so wie es im Koalitionsvertrag von Union und SPD vorgesehen ist. Schon die Diktion „Vertreibung“ wird als unhistorische Zumutung empfunden und auf polnischer Seite durch „Aus- oder Umsiedlung“ ersetzt. Diese seien, so Präsident **Kaczynski** im Spiegelinterview (10/2006) „sicher ein ganz tragisches Ereignis“, aber „nicht so schlimm wie die Bombardements von Großstädten“. Vor seinem Deutschlandbesuch beklagte Kaczynski „ein neues intellektuelles Klima“ in Deutschland, das „Polen“ beunruhige, weil es den Zweiten Weltkrieg relativiere.

Die in den 90er Jahren erreichte Annäherung, Versöhnung und Interessengemeinschaft mit Deutschland wird von den neuen Regierenden skeptisch beurteilt. Während man früher in Warschau sagte, Polens Weg nach Europa führe maßgeblich über Deutschland, so rückten nach dem Beitritt für Polen mehr verschiedene Interessengemeinschaften in den Blickpunkt. Die jetzt zu verzeichnende **Rückkehr zum alten Misstrauen** gegenüber Deutschland ist ein augenfälliges Indiz dafür, dass die Nationalkonservativen in Polen durch die Mitgliedschaft in Nato und EU ihren „Umzingelungs- und Opferkomplex“ (A. Krzeminski) noch längst nicht abgelegt haben.

Dies zeigt sich auch gegenüber **Russland**. Die Hegemonialpolitik und undemokratische Entwicklung Russlands werden als deutliche Gefahren wahrgenommen. Russland beanspruche das Gebiet der alten Sowjetunion (Weißrussland, Ukraine etc.) nach wie vor als Einflussosphäre, versuche die EU durch Spaltung zu schwächen und so wieder stärkeren Einfluss auf seinen westlichen Vorhof zu gewinnen. Gerade auch in Bezug auf diese Tendenzen werden die **transatlantischen Beziehungen** weiterhin als Priorität für die Sicherheit Polens angesehen. Dem wurde dadurch Ausdruck verliehen, dass der zweite Antrittsbesuch des Präsidenten in die USA ging. Allerdings gibt es auch hier Bestrebungen, die Beziehungen pragmatischer und partnerschaftlicher zu gestalten.

Es wird sich zeigen, inwieweit die PiS-Regierung auch im Bereich der Außenpolitik zu Zugeständnissen an ihre populistischen Partner gezwungen sein wird. Sie könnten auf eine kritischere Haltung gegenüber den USA und auf stark verengte Spielräume in der Europa- und Deutschlandpolitik hinauslaufen. In einer Koalition mit der PO gewönne die Außenpolitik

andererseits gegenüber Europa- und Deutschland eine verbindlichere und konziliantere Note, bei weitgehender Übereinstimmung in den Grundlinien.

Beim **Besuch Kaczynskis in Berlin**, bei dem der Präsident von offizieller Seite mit deutlichem Respekt vor seiner politischen Sperrigkeit wie ein rohes Ei mit äußerster Vorsicht behandelt wurde, ist atmosphärisch eine Grundlage für weitere Gespräche geschaffen worden. Die kühne Kritik, mit der Kaczynski in Zeitungsgesprächen ganz undiplomatisch seinen Besuch einleitete, wurde durch eine rücksichtsvolle Freundlichkeit der Gastgeber überspielt, deren Wirkung selbst der beschämende Eklat, den homosexuelle Irrläufer bei der Rede des Präsidenten in der Humboldt-Universität verursachten, nicht wesentlich beeinträchtigen konnte. Kaczynski selbst setzte vorsichtig neue Akzente mit seinem Bekenntnis zum „Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ und zur Möglichkeit eines polnischen Abzweiges von der russisch-deutschen Gaspipeline. Eine Würdigung des bisherigen Prozesses der Annäherung zwischen Deutschland und Polen blieb jedoch aus. Perspektiven zukünftiger partnerschaftlicher Kooperation wurden nicht eröffnet. Um die Fremdheit und Distanz zu überwinden, bedarf es weiterer Kontakte und vor allem gemeinsamer Initiativen.

Haushalt ohne Ausgabendisziplin

Der Mitte Februar vom Parlament mit den Stimmen von PiS, Sam, LPR und PSL verabschiedete Etat sieht Ausgaben von rund 61 Milliarden Euro (+ 4,7 Mrd. zum Vorjahr) vor bei einem Defizit von etwas über acht Milliarden Euro (13,5% des Haushalts). Geplant ist ein Haushaltsdefizit von 4,6% des Bruttoinlandproduktes (BIP) bei einer hohen Wachstumsprognose von 4,3%. Im vergangenen Jahr lag das Wachstum bei 3,2%, 2004 bei 5,3%. Aufgrund zu hoher Steuerschätzungen droht eine weitere Deckungslücke von 1-2 Milliarden Euro. Die Sparvorschläge der oppositionellen PO wurden abgelehnt, die steigenden Ausgaben mit den vorgesehenen Sozialprogrammen, dem Ausbau der Infrastruktur und der Förderung der Konjunktur begründet.

Damit geht Polen abermals weit über das Euro-Defizitkriterium von 3% des BIP hinaus. Erst zum Ende des Jahrzehnts will man das Kriterium erfüllen, was bedeutet, dass die Übernahme des **Euro frühestens ab 2012** möglich wird statt 2009/10 wie bisher geplant. Der Euro ist für die PiS-Regierung kein vorrangiges Ziel. Ein schneller Beitritt zur Euro-Zone liege im Widerspruch zu polnischen Interessen, heißt es. Dass nicht der Euro-Stabilitätspakt die finanzpolitische Linie bestimmt, sondern die innenpolitische Prioritätensetzung, dürfte zumindest aus deutscher Sicht nichts Außergewöhnliches sein. Immerhin wird Deutschland das Defizitkriterium in diesem Jahr bereits zum fünften Mal hintereinander überschreiten – trotz Sanktionsmechanismus bisher ohne Folgen. Deshalb wird die Drohung des EU-Währungskommissars **Almunia**, gegebenenfalls EU-Strukturhilfen zurückzuhalten, in Polen keinen großen Eindruck machen.

Die Pläne der Regierung, wie die Wiederverstaatlichung bestimmter Banken und Versicherungen, die Nichtrealisierung von Privatisierungen, Steuerreformen, sozialpolitische Leistungen für Arbeitslose und Familien, Zuschüsse im Bauwesen etc. werden 11 bis 18 Milliarden Euro kosten. Geld, das nicht vorhanden ist. Das von der PiS propagierte Ziel eines schlanken Staates wird damit kaum erreicht. Privatisierungsstopp, Ämterpatronage in den staatlichen Firmen, Skepsis gegenüber ausländischen Investoren, Streit um den Kurs und die Unabhän-

gigkeit der Nationalbank – das sind folgen der politischen Entscheidungen der PiS-Regierung. Manche Beobachter befürchten eine Beschädigung des Wirtschaftsstandortes Polen durch eine weniger marktfreundliche, etatistisch ausgerichtete Politik. Dabei hat Polen mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen: Nach einer Studie der EU-Kommission gehört es als 21. von 33 Ländern zu den am wenigsten innovativen Staaten in Europa. Auch in der Produktivität rangiert Polen mit 19,9 US-Dollar pro Arbeitsstunde (Deutschland 47,6 US-Dollar) hinter den meisten EU-Ländern. Verkehrswege und Infrastruktur müssen entwickelt, der Korruption Einhalt geboten werden. Bei der Wohlstandsentwicklung liegt Polen mit 51,3% des EU-Durchschnitts auf dem vorletzten Platz in der EU vor Litauen. Die Arbeitslosigkeit beträgt rund 18%. Die Arbeitsmigration ist hoch. Bereits jetzt arbeiten rund 683.000 Polen in Deutschland, obwohl noch verschiedene Einschränkungen des Arbeitsmarktes gelten. Das sind mehr als in allen anderen EU-Ländern zusammen. Die Geburtenrate ist von 2 Kindern pro Frau 1990 auf 1,2 Kinder 2003 rapide gesunken, was zu demographischen Verwerfungen führen wird.

Rechte und Linke und die Zukunft: Polen in einer kritischen Situation

Der liberale polnische Publizist **Adam Krzeminski** spricht mit Blick auf die Parteientwicklung in seinem Land von einer „tektonischen Verschiebung nach rechts“, die sich seit den Wahlen 2001 vollzogen hätte. Damit hat er nur zum Teil Recht, denn in Polen gelten nach wie vor andere politische Lesarten als in Deutschland. So verfolgte das „Linksbündnis“, dass seit 2001 regierte und gegen das sich die Oppositionsparteien als „Rechte“ profilierten, eine eher neoliberale Politik und unterstützte die USA im Irakkrieg. Die „Rechten“, PiS, Sam und LPR dagegen sind nicht einfach rechts. Mit ihren Forderungen nach Stärkung des Sozialstaats und der Kritik an der Privatisierung von Unternehmen vertreten sie klassische linke Positionen. Insofern kann man bei **PiS** von einer national-sozial-konservativen Partei sprechen, bei **Sam** von einer linksnationalistischen Verbandsbewegung und bei der **LPR** von einer nationalkatholisch, polnisch-altkonservativen Gruppierung. Zwischen den neoliberalen „Linken“ und den sozial-konservativen „Rechten“ steht die **PO** als eine wirtschaftsliberale Partei mit wertkonservativem Hintergrund. Hier können nach dem Untergang der Freiheitsunion insbesondere die Post-Solidarnosc-Liberalen wie auch Liberal-Konservativen der jüngeren Generation eine politische Heimat finden. Die PO könnte sich in der Opposition als eine starke Volkspartei der Mitte entwickeln, bleibt jedoch bis auf weiteres auf die PiS als Partner verwiesen, wenn sie regieren will. Heimatlos ist momentan die Post-Solidarnosc-Linke. Der im vergangenen Frühjahr durch die Umbenennung der **Freiheitsunion** in Demokratische Partei (PD) versuchte Brückenschlag zwischen Linksliberalen und neoliberalen Postkommunisten wurde von den Wählern nicht angenommen. Seit Anfang März ist der Vizepräsident des EU-Parlamentes und frühere Verteidigungsminister, **Dr. Janusz Onyszkiewicz** (69), neuer Vorsitzender der PD. Er löst den erfolglosen **Wladyslaw Frasyniuk** ab. Die postkommunistische „Linke“ wird sich vermutlich in der Oppositionszeit als eine verjüngte sozialdemokratische Partei neu aufstellen. Der altehrwürdigen „**Bauernpartei**“ (PSL), die den Kommunismus als Blockpartei überlebt hat und bei den Wahlen noch einmal mit knapp 7% (nach 9% 2001) in den Sejm gewählt wurde, scheint in dieser parteipolitischen Gemengelage keine große Zukunft beschieden. Insgesamt lebt die seit 16 Jahren bestehende Spaltung in ein postkommunis-

tisches und ein Post-Solidarnosc-Lager fort. Nur bei den populistischen Parteien lassen sich gewisse Überschneidungen feststellen durch den Rückgriff auf einen alten polnischen Nationalismus und sozialen Paternalismus.

Wie geht es parteipolitisch weiter? Polen befindet sich in einer kritischen Situation. Gerade einmal 40% der Wahlberechtigten haben sich an den Parlamentswahlen beteiligt. Das zeigt den weit verbreiteten Zweifel bei den Wählern an der Wirksamkeit von Wahlen als Mittel tatsächlicher Veränderung. Politische Resignation greift um sich. Nach der frustrierenden Erfahrung eines doppelten Scheiterns zunächst des „Wahlbündnisses Solidarnosc“ Ende der 90er Jahre und dann des Linksbündnisses in den vergangenen Jahren verband sich mit dem von den Oppositionsparteien – auch von der PO - gemeinsam propagierten Slogan von der „**IV Republik**“ (die erste endete mit den polnischen Teilungen, die zweite 1939, die dritte begann 1989) die Erwartung, einer grundlegenden Staatsreform der III. Republik sowie eines Bruches mit dem Postkommunismus und seinen korrupten Seilschaften. Wird diese Erwartung, die sich vor allem auf die Wahlsieger PiS und PO richtet, erneut enttäuscht, ist ein weiterer Rückzug der Wähler, ein brachliegendes Wählerpotential von dann vielleicht 70%, eine Delegitimierung und Degradierung der Demokratie zu befürchten. Es scheint nicht so, dass sich PiS und PO dieser prekären Situation und ihrer Verantwortung ausreichend bewusst sind. Wollen sie eine Staatskrise vermeiden, sind sie zum Erfolg verdammt. Doch nach den Wahlen stand eher die Parteitaktik im Vordergrund. Große Teile der Bevölkerung hoffen derweil weiter auf eine Koalition von PiS und PO.